

»Revolution«? Der Care-Diskurs und sein politisch-ethischer Anspruch

Sabine Plonz

In diesem Beitrag möchte ich den historischen Bogen aufnehmen, den der Kongress von 1968 nach 2018 geschlagen hat, indem ich nach einer Erläuterung des Ausdrucks »Care« und des gesellschaftlichen Kontexts der aktuellen Care-Diskurse zwei Ansätze beleuchte, die aus politisch-ethischen Gründen eine »Care-Revolution« fordern. Nicht zuletzt aufgrund meiner kritischen Anfragen an deren Oppositions- und Transformationsfähigkeit plädiere ich im letzten Abschnitt für eine stärkere Berücksichtigung des subjektiven Faktors und der ethischen Dimension von Kritik und Politik.

Zum Begriff und seinem gesellschaftlichen Kontext

Der englische Ausdruck »Care« ist zu übersetzen als »Sorgen« – sowohl substantivisch wie verbal; je nach Situation, Handlungs- oder Gesprächszusammenhang kann er auch meinen: sich kümmern, pflegen, auf etwas oder jemanden achten. Die Sorge gilt dem Wohlergehen anderer Menschen, sie gilt der eigenen Person und der Welt – als globalem, ökologischem Haushalt und als der von Menschen gebildeten, lokal, regional und global politisch zu gestaltenden Gesellschaft.

Joan Trontos vielzitierte Definition des *Sorgens als Weltverhältnis* führt philosophische, politische und ethische Aspekte zusammen:

»On the most general level, we suggest that caring be viewed as a species activity that includes everything that we do to maintain, continue, and repair our >world< so that we can live in it as well as possible. That world includes our bodies, our selves, and our environment, all of which we seek to interweave in a complex, life-sustaining web« (1993, S. 103; Hervorh. S. P.).

Die Referenz auf »Care« als Haltung, Praxis, Interpretation von Welt und Gesellschaft tritt in unterschiedlichen Fachrichtungen auf: in Medizin- und Pflegewissenschaften, in der Sozialen Arbeit, in der Philosophie und den Sozialwissenschaften. Vielfach ist der Ausdruck zur evident erscheinenden Kategorie verselbstständigt. »Care« ist zum Leitwort in zivilgesellschaftlichen Koalitionen, sozialen Bewegungen und Aktionsformen geworden. Diese umfassen ein breites weltanschauliches, soziales und politisches Spektrum: Sozialwissenschaftlerinnen, Philosophinnen und Theologinnen, die sich im deutschsprachigen Raum zur Initiative *Care-Macht-Mehr* zusammengeschlossen haben, autonome Frauengruppen, die im spanischen Generalstreik kooperierten (*Precarias a la Deriva*, 2011), Beschäftigte in Pflege- und Erziehungsberufen, Sozialistinnen und Aktivistinnen im Netzwerk »Care-Revolution«, aber auch europäische Sozialverbände (*Social Platform*, 2012) sowie geschlechter- und kapitalismuskritisch denkende Ökonominen (*Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften*). In internationalen politischen Organisationen (der UN) ist »Care« als Perspektive auf die Lebensverhältnisse und deren Gestaltung etabliert. Die Metapher des »Care-Diamond« soll veranschaulichen, dass Leben und Überleben gleichermaßen von funktionierenden Haushalten bzw. Familien, Markt, Staat und zivilgesellschaftlichen Organisationen abhängen und auch entwicklungspolitische Strategien im weiteren Sinn fokussieren.

Stellvertretend für den Gebrauch des Ausdrucks in politischer Absicht sei aus dem *Care-Manifest* von 2013 zitiert:

»[Zu Care, SP] gehören unverzichtbare Tätigkeiten wie Fürsorge, Erziehung, Pflege und Unterstützung, bezahlt und unbezahlt, in Einrichtungen und in privaten Lebenszusammenhängen, bezogen auf Gesundheit, Erziehung, Betreuung u. v. m. – kurz: die Sorge für andere, für das Gemeinwohl und als Basis die Sorge für sich selbst, Tag für Tag und in den Wechselfällen des Lebens. Care ist Zuwendung und Mitgefühl ebenso wie Mühe und Last. Gleichwohl ist Care keine Privatangelegenheit, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe« (<http://care-macht-mehr.com>, 23.05.2018).

Die Ebenen und Kategorien der privaten und politischen Praxis, des Wirtschaftens für das menschliche Gedeihen, des Arbeitens und Pflegens sollen zwar analytisch unterschieden, aber auch im Zusammenhang wahrgenommen werden. Hierin ist ein Erbe der zweiten Frauenbewegung von und nach 1968 zu sehen. Denn diese hat die Alltags- und Lebensverhältnisse, famili-

ale und personale Beziehungen, die gesamtgesellschaftliche Arbeit samt der Konflikte um ihre Verteilung, Bewertung und sich dadurch erschließende Ressourcen thematisiert und in die Öffentlichkeit gebracht. Damit ließen sich die Normierung der bestehenden Geschlechterverhältnisse begreifen, kritisieren, und praktische wie theoretische Ansätze zu ihrer Überwindung entwickeln.

Für die Rezeption der aktuellen »Care«-Diskurse ist nun allerdings eine Paradoxie bewusst zu machen, die sich auch in der feministischen Debatte, in ihrer Ausdifferenzierung und ihren Spaltungen spiegelt. Die Rede von »Care« hat die analytische und transformationspolitische Auseinandersetzung mit der gesamtgesellschaftlichen Arbeit und der Kritik der geschlechterhierarchischen Arbeitsteilung in sich aufgenommen. Der Begriff der *Arbeit*, Dreh- und Angelpunkt der linken und feministischen Gesellschaftsanalyse wie auch reformerischer (Sozial-)Politik, ist in vielen Beiträgen unter der Hand oder absichtlich durch den des *Sorgens* ersetzt worden. Mit dieser diskursiven Wendung besteht die Gefahr, dass sich kritisches, oppositionelles und transformatives politisches Denken im Treibsand des Ungefähren verliert, da die »Care«-Rhetorik die sozialökonomischen Bedingungen und Strukturen überdeckt, auf die sie reagieren will. In der feministischen Linken haben daher einige Autorinnen gefordert, den Reproduktionsbegriff der Kritik der politischen Ökonomie in ein theoretisch geklärtes Verhältnis zur Kategorie »Care« zu setzen (z. B. Apitzsch & Schmidbaur, 2010, S. 11–22); andere favorisieren weiterhin den Arbeitsbegriff der marxischen Tradition, in den jedoch die feministischen Einsichten, einschließlich der Relevanz unbezahlter, reproduktiver wie sorgender Tätigkeiten für ein menschenwürdiges Leben aufgenommen und das durch Arbeit geschaffene *Reich der Freiheit* anvisiert werden soll (Haug, 2016, u. pass.).

Einige Wissenschaftlerinnen haben vorgeschlagen, die auf den konkreten Menschen, also den Leib-Seele-Zusammenhang, bezogene Sorge in unterschiedlichen Zusammenhängen und Organisationsformen als *fürsorgliche Praxis* zu begreifen, die sie wiederum in den Kontext der arbeitgesellschaftlichen Transformationsprozesse stellen (Eckart & Senghaas-Knobloch, 2000). Eine weitere, ethisch interessierte Gruppe konzentriert sich darauf, Kriterien und Bedingungen des gelingenden Sorgens oder *achtsamer Praxis* in intersubjektiven, institutionellen und zivilgesellschaftlichen Kontexten zu untersuchen (Conradi & Vosman, 2016). Beide Forschungsstränge heben hervor, dass in der Sorgepraxis Fachkenntnisse,

praktische Fähigkeiten (ob auf Lebenskompetenz oder Profession beruhend) und ethische Haltungen zusammenwirken. Die hier Tätigen wie die Forschenden sind damit konfrontiert, dass die Bedürfnisse der Umsorgten und der Sorgeleistenden, ihre Motive, intrinsischen Logiken und Ziele der Sorgetätigkeiten vor allem aufgrund der Ökonomisierung der sozialstaatlichen Strukturen und Organisationsmodi beeinträchtigt oder unterdrückt werden. Die wohlfahrtsstaatlichen Regulierungen und Institutionen sind demnach ein ermöglichender oder einschränkender Kontext fürsorglicher und achtsamer Praxis. Diese Rahmenbedingungen können ihrerseits durch sorgeethische und -politische Grundsätze bestimmt werden und sollten das nach dem Urteil der hier knapp referierten Wissenschaftlerinnen und Fachverbände auch (vgl. Plonz, 2011a, 2018b).

Die aktuelle Konjunktur des »Care«-Begriffs hängt mit dem Aufkommen des jüngsten (nach-fordistischen und entgrenzten) Erwerbsarbeitsregimes zusammen, durch das sich auch die Geschlechterverhältnisse verändert haben; ferner mit dem wohlfahrtsstaatlichen Paradigmenwechsel vom solidarisch-versorgenden zum individualistisch-vorsorgenden Ansatz unter der ideologisch-politischen Vorherrschaft des Neoliberalismus. Die gesellschaftliche Diagnose der »Care«-Krise meint, dass Macht, Geld, Zeit und Infrastruktur gesellschaftlich so ungleich verteilt sind, dass der menschlichen Angewiesenheit auf Hilfe und Begleitung im Lebensverlauf nicht angemessen entsprochen werden kann, dass also der Umgang mit *Gebürtlichkeit, Krankheit und Sterblichkeit* problematisch ist – und das in Gesellschaften mit höchstem materiellen und technologischen Niveau (vgl. Klinger, 2014; Jürgens, 2010). Unter diesen Umständen ist eine *Politik nach menschlichem Maß* ein Desiderat, das die angesprochenen Bewegungen und Diskurse öffentlich reklamieren; der Rekurs auf »Care« in politischer Absicht ist damit eine Realutopie, die allerdings unter dem inflationär gebrauchten Ausdruck zu wenig konturiert und kommuniziert wird (vgl. Plonz, 2011b, 2016).

Unter der Dominanz ökonomischen Denkens und Sprechens in der bürgerlichen Epoche hat eine Marginalisierung von Ethik und nicht-kapitalistischen Rationalitäten in Wissenschaft und gesellschaftlichem Diskurs stattgefunden. In der neoliberalen Epoche blüht ein globaler Scheinpluralismus, dessen Ausdruck die angelsächsische Dominanz in Wort (Wissenschaftssprache) und Bild (PPT-Präsentation) ist. Auch diese kulturelle Hegemonie macht politische Bewusstseinsarbeit für eine menschliche Gesellschaft, die Entwicklung und Vermittlung alternativer Ansichten, die

Moral und Vernunft neu verknüpfen, zu einem realutopischen Projekt. Die »Care«-Diskurse scheinen den Raum füllen zu wollen, stecken dabei aber im Dilemma, zugleich Ausdruck dieser kulturellen Hegemonie zu sein.

Schließlich haben die gesellschaftlich-diskursive Defensive des radikalen Feminismus und die Anpassung des bürokratischen, auf Gleichstellung und Karriere abhebenden Feminismus das Schwinden emanzipatorischen Verlangens in der Gesellschaft gefördert. Die Berufung auf »Care« scheint dieses Verlangen auffangen und ersetzen zu sollen. Damit übernimmt der Ausdruck eine Stellvertreterfunktion für ethisch-politische Visionen, die das Jetzt und Hier ausgehend von seiner Kritik transzendieren, überwiegend jedoch, ohne Rechenschaft über die zugrundeliegenden normativen Vorstellungen abzulegen.

Insgesamt kann man die Hochkonjunktur des fachlich diffusen Ausdrucks als Indikator für eine *Gesellschaft ohne Opposition* begreifen (um das Kongressthema und seine Anknüpfung an Herbert Marcuse aufzugreifen), in deren Schoß sich gleichwohl eine Vielzahl an Akteurinnen und Akteuren auf der Suche nach Alternativen kritisch und kreativ engagiert. Wie diese Ansätze zu einer Transformationsstrategie mit breiterer politisch-öffentlicher Wirkung werden können, die Aussicht haben, humaneren Verhältnissen zur kulturellen Hegemonie zu verhelfen, ist noch offen. Eine Voraussetzung dafür ist, die angesprochenen theoretischen Widersprüche und politisch-ethischen Auslassungen zu thematisieren, auch gegen eingefahrene Gruppenmilieus.

»Care-Revolution« – Rhetorik oder Politikansatz?

Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, die Ansätze zweier Autorinnen zu beleuchten, die mit ihren Veröffentlichungen zu »Care« als gesellschaftskritisch-feministischem Gegenentwurf viel Aufmerksamkeit erfahren haben. Die US-amerikanische Politikprofessorin Joan Tronto hat einen philosophischen Hintergrund im angelsächsischen Liberalismus und argumentiert als Ethikerin in der bürgerrechtlichen Tradition. Die deutsche Geschlechterforscherin Gabriele Winker hat einen sozialwissenschaftlichen Hintergrund im kontinentaleuropäischen Marxismus und argumentiert als Ökonomiekritikerin in der Tradition der sozialistischen Avantgarde.

Beide beanspruchen, auf einer sorge-theoretischen Grundlage eine gesellschaftliche Transformation anzustoßen, die sie als »Revolution« be-

zeichnen. Sie konstatieren, dass der Neoliberalismus soziale Krisen bewirkt habe, die besonders die privaten Haushalte (Tronto, 2013), bzw. den Reproduktionssektor und die sich dort vollziehenden, praktischen Sorgetätigkeiten (Winker, 2015) treffen; und sie setzen auf eine zivilgesellschaftliche Bewegung, die sich um die Bedürfnisse und die Fähigkeit zur Sorge, zur Verantwortungsübernahme und Solidarität herum konstituiert.

Ausgehend von der »Care«-Krise soll sich eine neue gesellschaftliche Moral formieren, die Bürgerinnen und Bürger dazu bewegt, sich an der gesamtgesellschaftlichen Arbeit aktiv zu beteiligen. Wenngleich die Autorinnen viele Impulse vortragen, wie und wo diese Transformation in die Tat umgesetzt werden kann, vermitteln sie ihre Vorschläge nicht mit den jeweils bestehenden politischen Systemen und den wohlfahrtsstaatlichen Regularien und Institutionen und machen auch keine an diese anknüpfenden reformpolitischen Vorschläge. Stattdessen rufen sie nach der Bildung von »Räten« in den Kontexten, wo »Care« geleistet wird, ob in der bürgerlichen Gemeinde (Tronto) oder in Einrichtungen und Organisationen, z. B. von der ambulanten bis zur stationären Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung und Pflege (Winker).

Während Tronto ihre *Ethik* absichtlich nicht als kritische Eindämmung oder gar Überwindung des *Kapitalismus* reflektiert und vermittelt und sich auch vom Reproduktionsbegriff der marxistischen Feministinnen wegen seiner vermeintlichen produktivistischen Engführung distanziert (2016), führt Winker bei ihrer Strategie der *Kapitalismuskritik und -überwindung*, für die gerade die ökonomische Relevanz der Reproduktionsarbeit (für die Gefährdung oder Gewährleistung von »Care«) wichtig ist, auch *ethische Referenzen* ins Feld.

Tronto möchte die Wiederaneignung des bürgerlichen Revolutionsmottos *Freiheit, Gleichheit, Solidarität* in den USA von heute, zu deren marktorientiertem Wohlfahrtssystem ihre Konversionsvorschläge gut passen. Denn diese nehmen keine andere Struktur in den Blick als die geltende der USA: eine mit dem Kapitalismus koexistierende Demokratie, die durch ihre sich selbst in und für die Gemeinde aktivierenden Bürger funktioniert. Ihr Plädoyer für engagierte Sorge entwirft tauschwert-ignorant eine Polis tugendhafter Bürgerinnen und Bürger, die zu einem sozialverantwortlichen und menschenfreundlichen »Care«-Ethos stehen. Winkers Verkündigung der »Care-Revolution« skizziert eine gebrauchswert-orientierte harmonische Gesellschaft, deren Bürgerinnen und Bürger sich auf umfassende solidarische Tugenden verpflichtet haben. Sie möchte die Verwirklichung des

kategorischen Imperativs in der Fassung von Marx, der fordert, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (Marx, 1843/44, S. 79) und an dessen Horizont die durch eine radikale Avantgarde gelenkte, bedürfnisorientierte, sozialistische Räterepublik aufscheint. Hierzu passt die aktuell wieder populäre Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen, die auch in der Partei *Die Linke* Anhängerinnen hat.

Steht Tronto in einer Art resignativem Einverständnis mit dem Kapitalismus, dessen marktradikalen Individualismus sie durch die moralische Konversion der Bürger zum Gemeinwohl bekämpfen will, so konzipiert Winker eine Art utopisches Wegdenken des Kapitalismus, auf dessen Trümmerfeld sozialer Verwerfungen die Kollektivierung von Produktionsmitteln und des sozialen Handelns der Einzelnen durch die Etablierung einer neuen gesellschaftlichen Moral möglich wird. Somit bieten die beiden Autorinnen ihre Lösungen der »Care«-Krise als Folge eines voluntaristisch bleibenden Perspektivwechsels an, der den Raum freimachen soll für das »gute Leben aller« – eine ethische Referenz, die in den letzten Jahren in einer ganzen Reihe von »Care«-bezogenen Veröffentlichungen auftaucht.

In diesem Setting, sei es feministisch-liberaldemokratisch oder feministisch-rätesozialistisch, kommt die Frage zu kurz, über welche Subjekte sie sprechen und wie diese politisch handeln können: Im ersten Fall fehlt dafür eine politisch-ökonomische Analyse der Machtverhältnisse und die konkrete Vorstellung, wie in der Gemeinde, bzw. der Polis, strukturpolitisch zu agieren ist. Im zweiten Fall sind die Subjekte Instrumente und Objekte eines marxistisch-technokratischen Zukunftsszenarios, das erstaunlicherweise den Revolutionen im Produktionssektor und dessen Auswirkungen auf mögliche »Care-Revolutionen« keine Aufmerksamkeit schenkt; auch hier gibt es nur abstrakte Ansagen: die Revolution werde harte soziale Kämpfe erfordern, letztlich aber wird alles gut werden. So bleibt die Ausrufung dieser »Revolution« Rhetorik.

Insgesamt bleibt die Forderung der beiden Autorinnen nach radikaler Demokratisierung, die nicht zuletzt auf den Gedanken der Frauenbewegung zurückgeht, dass das Private politisch ist, in theoretischer und praktischer Hinsicht zu unpolitisch. So hängt auch das ethisch-moralische Anliegen, über den real existierenden Kapitalismus im Neoliberalismus hinausgreifend, Raum für menschenwürdiges Leben zu schaffen, in der Luft.

Kritik des Moralregimes, emanzipatorisches Ethos und Projekt der Humanisierung

Die im zweiten Abschnitt vorgestellten politiktheoretischen und bewegungspolitischen Konzepte bieten ein Humanisierungsprojekt an; auch die im ersten Abschnitt skizzierten Fachdiskurse arbeiten mit normativen Vorstellungen. Für die Frage der Politikfähigkeit von Problemanzeigen, Krisendiagnosen und Lösungsvorschlägen rund um die fürsorgliche Praxis ist das Ethos der Akteure zentral, wenngleich es, wie gesehen, in der Literatur oft auch eher marginal bleibt. Im letzten Abschnitt dieses Beitrags will ich die ethisch-politische Perspektive eigens hervorheben und – die vorstehenden Kritiken sowie eigene Forschungsergebnisse aufgreifend – weiterführen. Dafür knüpfe ich an hegemonie- und regimetheoretische Arbeiten an, die ich um die Ebene der Moralregimekritik ergänze und vertiefe.

Die Moralregime-Kritik nimmt die Forderung auf, die konkreten, handelnden Subjekte in den Blick zu nehmen, deren gelebtes Ethos sich im Lebensverlauf in Rückkopplung mit der gesellschaftlichen Realregimeordnung ausbildet. Sie versucht zu klären, wie sich Handlungsspielräume von individuellen Subjekten und institutionellen Akteuren (der Zivilgesellschaft) eröffnen oder auch schließen. Primärer Gegenstand der Moralregime-Kritik ist die normative, diskursive Herstellung der Rahmenbedingungen des Handelns und dessen tatsächliche politische und soziale Wirkung, die dann wiederum normenproduktiv ist – gesellschaftlich wie individuell. Das impliziert moral-, ideologie- und religionskritische Klärungen, denn das Moralregime ist Faktor und Indikator der Realregimeordnung im Kapitalismus unserer Zeit. Dementsprechend ist auch das Ethos der Subjekte dialektisch-dynamisch zu begreifen: als moralische, alltägliche Praxis, die sich zwischen Unterwerfung und Anpassung, Widerstand und Befreiung bewegt.

Dass die Moralregime-Kritik für die Frage nach einer politisch wirksamen Opposition und Transformation relevant ist, lässt sich exemplarisch am Anerkennungsmotiv aufzeigen. Dieses wird in feministischen Diskursen vielfach zur Aufwertung der Reproduktionsarbeit sowie in Forschungen zur beruflichen und zur privat geübten Sorgearbeit kritisch und konstruktiv angeführt. Dass sorgende Tätigkeiten zu wenig (immaterielle und materielle) Anerkennung erfahren, hat mit der historisch überkommenen Geschlechterordnung der hegemonialen Männlichkeit und der mit ihr assoziierten subalternen Weiblichkeitskonzeption im Industrie- und Wohl-

fahrtskapitalismus zu tun. Diese Geschlechterordnung ist durch das (bewusst/unbewusst erteilte) Einverständnis mit der fürsorglichen, nicht auf soziale und wirtschaftliche Rechte pochenden Rolle von Frauen gekennzeichnet. Fremd- und Selbstausbeutung in ver- und fürsorgenden Arbeitszusammenhängen und viele Probleme im Gesundheits- und Pflegesektor, einschließlich der individuellen Krisenbewältigung durch Selbstmanagement, Kündigung oder Krankheit, haben die Dimension eines verinnerlichten Ethos von Anpassung und Unterwerfung. Um es emanzipatorisch zu wenden, ist neben sozialpolitischen Veränderungen auch eine moralkritische Analyse und die Entwicklung eines widerständigen emanzipatorischen Ethos vonnöten, das, auf Anerkennung pochend, die Aufhebung von Strukturen der Exklusion und Geringschätzung anstrebt. Gesellschaftskritische Diskurse wie die zur Sorgepraxis müssen daher auch moralkritische und politisch-ethische sein, welche die Subjekte zur Erkenntnis und Aneignung der Lebens- und Arbeitswelt ermächtigen.

Verallgemeinernd ausgedrückt, geht es um die Befreiung von herrschaftskonformer und tendenziell repressiver Moral aufgrund einer menschenfreundlichen Moralität. Das oben angesprochene realutopische Desiderat, menschliches Leben und Maß im maßlosen Kapitalismus öffentlich-politisch geltend zu machen, ist damit in einer breiteren ethisch-politischen Perspektive aufgehoben: »Es geht um die Realutopie mitmenschlicher Praxis gleichberechtigter und gleich anerkannter Subjekte im Kontext der globalen, weithin Natur und Menschen zerstörenden kapitalistischen Arbeitsgesellschaft« (Plonz, 2017, S. 20).

Die aktuellen »Care«-Diskurse sind Faktor und Indikator einer Moralregime-Ordnung des real-existierenden Kapitalismus. Sie sind konfrontiert mit einem durch Rechtsordnung und ökonomische Zwänge forcierten Ethos der Unterwerfung, in dem normative Grundlagen wie die Menschenrechte ideologisch, theoretisch und praktisch marginalisiert sind: Die dort geübte Kritik aufnehmend und aufhebend lässt sich sagen, dass feministisch grundierte philosophische, politische, sozialwissenschaftliche und ökonomische »Care«-Diskurse am historisch unabgeschlossenen Projekt der Menschwerdung festzuhalten suchen. Dafür braucht es ein emanzipatorisches Ethos, das gegen die Übermacht der Verhältnisse und des Fatalismus in all seinen primitiven und zivilisierten Erscheinungsformen, eine facettenreiche Widerstandskraft des Menschlichen kultiviert, die sich – realutopisch auch darin – nicht einspannen lässt, in die individualisierenden Strategien des »Resilienzkapitalismus«. Die Aufgabe ist allen

gestellt – sie konstituiert Menschen als Menschen und damit als ethische Subjekte.

Um politisch und transformierend wirken zu können, muss dieses Ethos sich auch verwirklichen im Kampf um eine Rechtsordnung, in der die Menschenrechte im Bereich der Reproduktionsarbeit, der fürsorglichen Praxis, der Arbeit des Sorgens und der Tätigkeit des Sorgeerhaltens respektiert, geschützt und verwirklicht werden. Konkrete politische Ansätze in dieser Richtung gibt es – von der Einforderung von wohlfahrtsstaatlichen Rechtsreformen über die Verabredung arbeitsrechtlicher Mindeststandards für Hausangestellte bis zur staatsbürgerlichen Verankerung der Sorgeverantwortung. Es ist zweifellos ein großer und langfristiger Prozess, in dem revolutionäres Pathos motivierend wirken kann. Dieses sollte sich aber nicht zur illusionären Rhetorik verformen und vorschnell als »revolutionäre Realpolitik« (so Winker im Anschluss an Frigga Haug und Rosa Luxemburg) missverstehen. Vielmehr ist spätestens jetzt zu betonen, dass Widerstand und Emanzipation ohne Erinnerung und Gedenken nicht nachhaltig möglich sind. Erwartungen einer radikalen Transformation (Revolution durch Opposition) aktualisieren nämlich auch menschheitsgeschichtliche Utopien, Projekte und Symbole sowie die Erinnerung an Niederlagen, Schmerzen und Tod.

Eine Gesellschaft, die »ohne Opposition« zu existieren scheint, braucht ein widerständiges Ethos; eine demokratische Republik, die in Gefahr ist, ohne demokratische Republikaner und damit auf tönernen Füßen überleben zu müssen, braucht eine Kultur der Erinnerung und Erwartung, damit politische Subjekte, die sich in einem historischen Projekt verankert wissen, sie tragen können. Wie Oskar Negt betont und bedacht hat, ist Demokratie auf Lernprozesse angewiesen und braucht Menschenrechtsbildung. Die infolge der Frauenbewegung von 1968 heute anvisierte *sorgende Demokratie* (Tronto) einer *solidarischen Gesellschaft* (Winker) braucht demnach eine umfassende Auseinandersetzung mit den Voraussetzungen und Gefährdungen dieser Lernfähigkeit. Dazu gehören die ökonomie- und geschlechterkritische Reflexion auf den Mischsektor der reproduktiven und sorgenden Tätigkeiten zwischen Erwerbs- und Subsistenzökonomie (private Haushalte) und die kritische Auseinandersetzung mit den herrschenden, in den Gesetzen und Funktionsweisen des Kapitalismus verankerten Ideologien und ihrer Moral. In diesen Verhältnissen – und nicht nur in den Industrien 1.0–4.0 und männlich dominierten (kritisch-theoretischen) Denktraditionen – lebt der demokratiefähige »politische Mensch« (Negt, 2010). Das

Ethos der Erwartung einer humanen Gesellschaft und der Kultivierung von ethisch vertretbaren Alternativen, die aus und für die alltägliche Praxis, in ökonomie- und moralkritischer Tätigkeit, gewonnen werden, ist ein politisches Ethos, das um die Etablierung von Recht und Gerechtigkeit kämpft. Es speist sich auch aus Inspirationen der erinnernden Deutung von Lebens- und Gesellschaftsgeschichte.

Literatur

- Apitzsch, Ursula & Schmidbaur, Marianne (2010). Care und Reproduktion. In dens. (Hrsg.), *Care und Migration. Die Ent-Sorgung menschlicher Reproduktionsarbeit entlang von Geschlechter- und Armutsgrenzen* (S. 11–22). Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.
- Care.Macht.Mehr (2013). Von der Care Krise zur Care-Gerechtigkeit. <http://care-macht-mehr.com/> (20.01.2018).
- Conradi, Elisabeth & Vosman, Frans (Hrsg.). (2016). *Praxis der Achtsamkeit. Schlüsselbegriffe der Care-Ethik*. Frankfurt am Main: Campus.
- Eckart, Christel & Senghaas-Knobloch, Eva (Hrsg.). (2000). *Fürsorge-Anerkennung-Arbeit, Feministische Studien extra*. Weinheim: Lucius.
- Haug, Frigga (2016). Das Ethische aus dem Himmel der Werte in die alltäglichen Praxen aller Menschen holen. Nachtrag zur zweigeschlechtlichen Moral und Auftrag zur weiteren Erkundung. *Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften* 320, 59, 833–838.
- Jürgens, Kerstin (2010). Deutschland in der Reproduktionskrise. *Leviathan*, 38, 559–587.
- Klinger, Cornelia (2014). Krise war immer ... Lebenssorge und geschlechtliche Arbeitsteilungen in sozialphilosophischer und kapitalismuskritischer Perspektive. In Erna Appelt, Brigitte Aulenbacher & Angelika Wetterer (Hrsg.), *Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen* (S. 82–104). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Marx, Karl (1843/44). Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. *Deutsch-Französische Jahrbücher*, 71–85.
- Negt, Oskar (2010). *Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform*. Göttingen: Steidl.
- Plonz, Sabine (2011a). Editorial. *Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften*, 292(53), 329–332.
- Plonz, Sabine (2011b). Mehrwert und menschliches Maß. Zur ethischen Bedeutung der feministisch-ökonomischen Care-Debatte. *Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften*, 292(53), 365–380.
- Plonz, Sabine (2016). Mitmenschliche Praxis und politische Ethik heute – ein utopisches Projekt. Editorial. *Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften*, 320(58), 799–801.
- Plonz, Sabine (2017). Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte? Eine Fallstudie zur Aktualisierung der protestantischen Ethik. *Ethik und Gesellschaft. Ökumenische Zeitschrift für Sozialethik*, 11(2), 1–31. <http://www.ethik-und-gesellschaft.de/ojs/index.php/eug/article/download/eug-2-2017-art-6/509> (26.01.2018).
- Plonz, Sabine (2018a). *Wirklichkeit der Familie und protestantischer Diskurs. Ethik im Kon-*

- text von *Re-Produktionsverhältnissen, Geschlechterkultur und Moralregime*. Baden-Baden: Nomos.
- Plonz, Sabine (2018b). Menschwerdung und ethische Praxis im Kapitalismus. In Ulrike Knobloch (Hrsg.), *Ökonomie des Versorgens. Ansätze feministisch-kritischer Wirtschaftstheorie im deutschsprachigen Raum* (i. E.). Weinheim: Beltz-Juventa.
- Precarias a la Deriva (2011). »Was ist dein Streik«? *Militante Streifzüge durch die Kreisläufe der Prekarität*. Wien, Berlin: Turia + Kant.
- Social Platform (2012). Recommendations on Care. <http://www.socialplatform.org> (05.04.2018).
- Tronto, Joan C. (1993). *Moral Boundaries. A political Argument for an Ethic of Care*. New York (NY): Routledge.
- Tronto, Joan C. (2013). *Caring Democracy. Markets, Equality, and Justice*. New York: University Press.
- Tronto, Joan C. (2016). Kann »Sorgende Demokratie« eine politische Theorie der Transformation sein? *Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften*, 320(58), 839–848.
- Winker, Gabriele (2015). *Care-Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft*. Bielefeld: transcript.

Die Autorin

Sabine Plonz, Dr. habil., ist PD für evangelisch-theologische Ethik an der Uni Münster und Lehrbeauftragte im Fachbereich Wirtschaft an der Fachhochschule Münster. 2018 erschien im Nomosverlag ihr Buch *Wirklichkeit der Familie und protestantischer Diskurs. Ethik im Kontext von Re-Produktionsverhältnissen, Geschlechterkultur und Moralregime*.